

mit Schwerpunkt **Energiemarkt**

Geburtenrate im Herkunftsland beeinflusst Kinderzahl noch in zweiter Generation

Viele der in Deutschland lebenden Migrantinnen haben deutlich mehr Kinder als Frauen ohne Migrationshintergrund. Wie das ZEW zeigt, ist die im Schnitt höhere Kinderzahl nicht nur Ergebnis unterschiedlicher sozialer Hintergründe, sondern auch kultureller Einflüsse. Das gilt für die Migrantinnen, aber auch zum Teil für die Frauen der zweiten Generation.

einem einheitlichen Zeitpunkt ermittelten altersspezifischen Geburtenziffern für den gesamten Zeitraum ihrer fruchtbaren Lebensphase gelten würden. Ferner berücksichtigt die Studie auch direkte Maße für Fertilitätsnormen in den Herkunftsländern aus dem World Values Survey.

Informationen des Mikrozensus 2008

Die ZEW-Studie basiert auf Daten der Befragungswelle 2008 des Mikrozensus, einer jährlichen Stichprobe der Haushalte in Deutschland. Die Welle 2008 ist die erste und bisher einzige, in der einerseits eingebürgerte Migranten identifiziert werden können und die andererseits Informationen zur gesamten Kinderzahl beinhaltet und nicht nur zur Anzahl der Kinder, die zum Befragungszeitpunkt im Haushalt leben.

In seiner Analyse unterscheidet das ZEW drei Generationen von Einwanderinnen. Die Frauen der ersten Generation



Kulturelle Normen des Heimatlandes prägen das Fertilitätsverhalten von in Deutschland lebenden Migrantinnen – selbst in der zweiten Generation. Aber auch die deutsche Kultur spielt eine Rolle.

Die Geburtenraten verschiedener Länder unterscheiden sich oft erheblich. Selbst in den westlichen und industrialisierten Ländern gibt es größere Differenzen: So liegen die Geburtenraten von Deutschland, Italien und Spanien bei lediglich 1,4 Kindern pro Frau, in Ländern wie Frankreich, Irland und den Vereinigten Staaten hingegen bei etwa 2,1. Ursachen für diese unterschiedlichen Entwicklungen sind sowohl die vorherrschenden Geschlechterrollen als auch die institutionellen Rahmenbedingungen, etwa Transferleistungen und Kinderbetreuung.

Das ZEW hat in einer aktuellen Studie analysiert, wie sich kulturelle Normen im Herkunftsland auf die Anzahl der Kin-

der der ersten und der zweiten Generation von Einwanderinnen in Deutschland auswirken (ZEW Discussion Paper Nr. 13-023). Es wählte dabei einen sogenannten epidemiologischen Ansatz, mit dessen Hilfe sich kulturelle und institutionelle Einflüsse so weit wie möglich trennen lassen. Als Indikatoren für die kulturelle Prägung werden sowohl die Kohortengeburtensrate im Heimatland berücksichtigt, der alle tatsächlich geborenen Kinder von Frauen des selben Geburtsjahrgangs zu Grunde liegen, als auch die zusammengefasste Geburtenziffer. Sie gibt als synthetisches Maß an, wie viele Kinder eine Frau im Heimatland durchschnittlich im Laufe des Lebens hätte, wenn die zu

IN DIESER AUSGABE

Geburtenrate im Herkunftsland beeinflusst Kinderzahl noch in zweiter Generation	1
IKT-Branche ist stark im Ausland aktiv.	2
Ohne Freifahrtmöglichkeit steigt die Zahlungsbereitschaft für den Klimaschutz . . .	3
Nachgefragt: Jugendarbeitslosigkeit in Europa	4
Lead Markets für energieeffiziente Kühlschränke: Deutschland auf dem ersten Platz	5
Sind die Banken noch zu retten? Finanzmarktregulierung und ihre Folgen	7
Konferenz zur Innovations- und Patentforschung	10
Daten und Fakten	11
Standpunkt	12

FORSCHUNGSERGEBNISSE

sind im Ausland geboren und wanderten im Alter von 15 bis 18 Jahren nach Deutschland ein. Die Frauen der „Generation 1,5“ sind im Ausland geboren und waren jünger als 15 Jahre alt, als sie nach Deutschland kamen. Die Einwanderinnen der zweiten Generation sind in Deutschland als Ausländerinnen oder als deutsche Staatsbürgerinnen mit mindestens einem ausländischen Elternteil geboren. Die gesamte Stichprobe besteht aus 529 Frauen der ersten Generation, 495 Frauen der „Generation 1,5“ und 3.532 Frauen der zweiten Generation. Sie stammen aus 18 verschiedenen Ländern.

Die Analyse zeigt, dass eine Prägung durch unterschiedliche hohe Geburtenraten in den Heimatländern auch dann einen Einfluss auf die eigene Kinderzahl

hat, wenn Migrantinnen die fruchtbaren Jahre in Deutschland verbringen, also unter vergleichbaren institutionellen Rahmenbedingungen. Am stärksten ist dieser Einfluss für die Einwanderinnen der ersten Generation. Der Einfluss der kulturellen Prägung des Heimatlands schwächt sich bei den Einwanderinnen der „Generation 1,5“ und noch einmal für die Einwanderinnen der zweiten Generation ab, bleibt jedoch statistisch signifikant. Besonders stark ausgeprägt ist er bei Migrantinnen der Generationen 1 und 1,5 mit einem Partner aus dem gleichen Heimatland sowie bei Migrantinnen der zweiten Generation bei Frauen, deren Eltern beide aus demselben Heimatland stammen. Der kulturelle Einfluss des Heimatlands ist besonders für Frauen mit niedri-

gem Bildungsgrad ausgeprägt. Bei Frauen der zweiten Generation mit Hochschulabschluss ist er kaum noch messbar.

Bei der Entscheidung über die Kinderzahl spielen sowohl die von den Eltern vermittelten kulturellen Hintergründe eine Rolle als auch die Einflüsse der deutschen Gesellschaft. Für die Debatte um die Einwanderung bedeutet das, dass die kulturelle Prägung zwar eine Rolle spielt, es aber durchaus zu einer Anpassung des Fertilitätsverhaltens an das deutsche Niveau kommt. Warnungen vor einer „Überfremdung“ sind also unbegründet. Es gilt aber auch, dass sich die niedrige Geburtenrate in Deutschland durch Einwanderung wohl nicht dauerhaft steigern lässt.

Dr. Holger Stichnoth, stichnoth@zew.de
Mustafa Yeter, yeter@zew.de

IKT-Branche ist stark im Ausland aktiv

Rund ein Drittel der Unternehmen in der Informationswirtschaft sind momentan auf Auslandsmärkten aktiv. Allerdings zeigen sich innerhalb des Wirtschaftszweigs deutliche Unterschiede in den Teilbranchen. Besonders auslandsaktiv sind die IKT-Branche und die Mediendienstleister.

Die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen spiegelt sich, insbesondere im verarbeitenden Gewerbe, in ihrer hohen Exportintensität wider. Viele Firmen aus den „traditionellen“ Wirtschaftszweigen in Deutschland, wie Automobilindustrie, Maschinenbau und

chemische Industrie, agieren intensiv auf Auslandsmärkten. Aber auch die überwiegend dienstleistungsorientierten Unternehmen aus der Informationswirtschaft sind auf dem internationalen Parkett aktiv. Dabei zeichnen sich die IKT-Branche und die Mediendienstleister als beson-

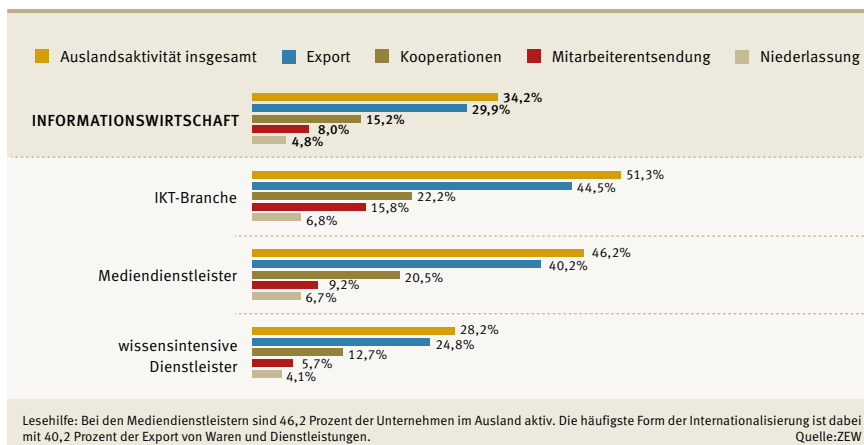
ders auslandsaktiv innerhalb der Informationswirtschaft aus (siehe Grafik). In beiden Branchengruppen ist rund jedes zweite Unternehmen im Ausland vertreten. Die wissensintensiven Dienstleistungsunternehmen, wie beispielsweise Rechts-, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer, Werbeunternehmen und technische Dienstleister, weisen dagegen insgesamt eine relativ geringe Quote an auslandsaktiven Unternehmen auf. Allerdings gibt es innerhalb der Teilbranche der wissensintensiven Dienstleister erhebliche Schwankungen. Während die Rechts- und Steuerberater relativ selten im Ausland agieren, liegt der Anteil bei den Unternehmensberatern und bei den Firmen aus der Forschung und Entwicklung zum Teil deutlich über 60 Prozent.

Der Grad der Auslandsaktivitäten in der Informationswirtschaft wird vom Export bestimmt. Mit deutlichem Abstand folgen dann andere Formen der Internationalisierung, wie Niederlassungen im Ausland, Kooperationen mit ausländischen Partnern oder die Mitarbeiterentsendung ins Ausland.

Die Informationen basieren auf einer Umfrage von 1.000 Firmen im März 2013.

Dr. Jörg Ohnemus, ohnemus@zew.de

Auslandsaktivitäten der Unternehmen in der Informationswirtschaft



FORSCHUNGSERGEBNISSE

Ohne Freifahrtmöglichkeit steigt die Zahlungsbereitschaft für den Klimaschutz

Welchen Betrag ihres verfügbaren Einkommens sind Männer und Frauen bereit, für den Schutz des Klimas auszugeben? Diese reale individuelle Zahlungsbereitschaft für Klimaschutz steht im Mittelpunkt eines breit angelegten Experiments, das ZEW-Wissenschaftler durchgeführt haben.

Die Höhe der individuellen Zahlungsbereitschaft für das öffentliche Gut Klimaschutz ist Gegenstand vieler Untersuchungen. Die ermittelten Zahlungsbereitschaften unterscheiden sich dabei zum Teil erheblich, was auch auf Unterschiede in der Konzeption der Studien zurückzuführen ist. Die überwiegende Mehrheit der Studien nutzt Befragungen, bei denen die Teilnehmer ihre Zahlungsbereitschaft in einer hypothetischen Entscheidungssituation angeben und keine realen Transaktionen tätigen. Nur wenige Studien nutzen die Möglichkeit, die Zahlungsbereit-

Es ist zu erwarten, dass die Zahlungsbereitschaft für Klimaschutz höher ausfällt, wenn die Möglichkeit zum Freifahren eingeschränkt wird.

Das ZEW Discussion Paper Nr. 13-006 analysiert die reale Zahlungsbereitschaft für Klimaschutz; die individuelle Perspektive bisheriger Studien zur realen Zahlungsbereitschaft wird gelockert. Das ZEW untersucht, ob die Zahlungsbereitschaft von Informationen über das reale Verhalten von Akteuren in einer ähnlichen Entscheidungssituation abhängt oder von der Einführung einer kollektiven Aktion. Die

im Alter von 18 bis 75 Jahren am Experiment teil. Sie erhielten eine Aufwandsentschädigung von 40 Euro, mit der sie durch den Kauf von Zertifikaten des EU-Emissionshandels einen Beitrag zum Klimaschutz leisteten. Jeder Teilnehmer konnte dabei für zwei unterschiedliche Preise seine Nachfrage nach Zertifikaten (in 100 kg CO₂) angeben. Ein Preis wurde ausgelost und diese Menge wurde zum ausgelosten Preis gekauft. Gekaufte Zertifikate wurden gelöscht, das heißt jeder Beitrag führte zu einer realen Verringerung der CO₂-Emissionen in Europa.

Die Teilnehmer wurden nach Zufallsprinzip auf drei Gruppen aufgeteilt. Eine Gruppe erhielt Informationen über das reale Kaufverhalten von Akteuren in einer ähnlichen Entscheidungssituation. In einer anderen Gruppe mussten alle Teilnehmer die Medianmenge der Gruppe kaufen, das heißt die Menge, welche die Hälfte aller Teilnehmer zu einem bestimmten Preis nachfragte. Eine dritte Gruppe fungierte als Kontrollgruppe.

Zertifikatekauf bei kollektiver Aktion

Die Studie zeigt, dass mit einer kollektiven Aktion die Wahrscheinlichkeit, Zertifikate zu kaufen, höher ist als ohne kollektive Aktion. Informationen über das reale Verhalten von Akteuren in einer ähnlichen Entscheidungssituation beeinflussen das Beitragsverhalten hingegen nicht. Der Durchschnitt der Zahlungsbereitschaft der Teilnehmer beträgt insgesamt elf Euro je Tonne CO₂, der Median der Zahlungsbereitschaft liegt bei fünf Euro. Ferner ist ein starker positiver Zusammenhang zwischen der individuellen Nachfrage nach Zertifikaten und der Erwartung über die nachgefragte Menge der anderen Teilnehmer zu beobachten. Ohne kollektive Aktion sind die Erwartungen der Teilnehmer konsistent mit Freifahrerverhalten, das heißt die Teilnehmer kaufen weniger Zertifikate als sie es im Schnitt von den anderen Teilnehmern erwarten.

Prof. Dr. Andreas Löschel, loeschel@zew.de



Ökonomische Experimente werden häufiger am ZEW durchgeführt, das Foto zeigt eines aus dem Jahr 2010.

schaft aus einer realen ökonomischen Transaktion abzuleiten. Die ermittelten hypothetischen Zahlungsbereitschaften für Klimaschutz sind meist deutlich höher als die realen Zahlungsbereitschaften.

In Studien, die eine reale Zahlungsbereitschaft für Klimaschutz erheben, haben die Teilnehmer jedoch die Möglichkeit freizufahren, also keinen Beitrag zum öffentlichen Gut zu leisten, während andere Teilnehmer in der Gruppe beitragen.

Information zu vergangenem Verhalten ermöglicht es den Teilnehmern, das Beitragsverhalten anderer Teilnehmer besser einzuschätzen. Durch die kollektive Aktion ist jeder Teilnehmer in der Gruppe verpflichtet, den gleichen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

Um Teilnehmer für die Studie zu gewinnen, schrieb das ZEW etwa 4.000 per Zufall ausgewählte Einwohner der Stadt Mannheim an. Es nahmen 157 Personen

Nachgefragt: Jugendarbeitslosigkeit in Europa

Jugendgarantie ist Tropfen auf den heißen Stein

Die Europäische Union will Milliarden von Euro ausgeben, um der hohen Jugendarbeitslosigkeit entgegenzuwirken, die besonders in einigen süd-europäischen Mitgliedsländern besteht. Prof. Dr. Holger Bonin, Arbeitsmarktforscher am ZEW, sieht bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in erster Linie jedoch die Nationalstaaten in der Pflicht.

Die EU hat eine „Jugendgarantie“ beschlossen, die vorsieht, arbeitslosen Jugendlichen spätestens nach vier Monaten eine Beschäftigung, ein Praktikum oder eine Ausbildung zu garantieren. Was halten Sie von dieser Initiative?

Vor einem endgültigen Urteil muss man abwarten, wie diese Garantie überhaupt mit Leben gefüllt wird. Viele Mittel werden ja nur innerhalb des Europäischen Strukturfonds (ESF) umgeschichtet. Da kann es am Ende viel alten Wein in neuen Schläuchen geben. Gerade die Länder mit sehr hoher Jugendarbeitslosigkeit fahren zur Zeit streng auf finanzpolitischem Sparkurs – sie müssen die Ko-Finanzierungshürde bei ESF-Programmen überhaupt erst einmal stemmen können. Kritisch an der Garantie scheint mir auf jeden Fall, dass sie ein rein inputorientiertes Ziel vorgibt. Dies birgt die Gefahr, dass nun einfach irgendwelche Qualifizierungs- oder Arbeitsgelegenheiten angeboten werden, ohne darauf zu achten, ob diese Angebote für die betroffenen jungen Menschen wirksam sind. Innovativ wäre es gewesen, die Jugendgarantie mit einer Mindestanforderung zu

verknüpfen an die Verbesserung der Übergangsrate in eine ungeforderte Beschäftigung. Aber dann wären die Grenzen des Unterfangens wohl zu rasch offenkundig geworden.

Wie meinen Sie das? Von welchen Grenzen sprechen Sie?

Ganz allgemein lehrt uns die Evaluationenliteratur, dass Programme zur Beschäftigung oder Weiterbildung von Arbeitslosen die Beschäftigtenrate in vielen Fällen nicht signifikant verbessern. Auch die Erfahrungen mit dem sogenannten Übergangssystem in Deutschland stimmen nicht gerade optimistisch. Es fängt schon jetzt viele der Jugendlichen auf, die am normalen Ausbildungsmarkt durchfallen. Zwar gibt es bisher leider noch keine systematische Evaluation dieses Systems. Maßnahmenkarrieren sind aber offenkundig keine Seltenheit.

Dann ist Deutschland also gar nicht das Musterland beim Thema Jugendarbeitslosigkeit?

Wie man es nimmt. Wenn es um den reibungslosen Einstieg der weniger Leistungsstarken in den Arbeitsmarkt geht, eher nicht. Viele junge Leute kommen

darüber hinaus nicht ausbildungsfähig aus unseren Schulen. Aber natürlich bietet das Duale Ausbildungssystem für einen hohen Anteil der Jugendlichen nach wie vor einen festen Anker, der die Jugendarbeitslosigkeit niedrig hält. Leider lässt sich so ein System, das über lange Jahre gewachsen ist, nicht so schnell und einfach kopieren, wie sich das manche Politiker in Europa derzeit vielleicht wünschen. Man kann von den Erfahrungen in Deutschland aber immerhin mitnehmen, dass eine strukturierte berufliche Qualifizierung unter den Bedingungen regulärer Produktionsprozesse in regulären Betrieben ein Erfolgsrezept ist. Die Jugendlichen in den Mittelmeerländern leiden ja nicht nur unter schwacher Arbeitsmarktdynamik, sondern auch unter einem Skill-Mismatch, weil sie in schulischen Systemen vielfach an den Anforderungen des Arbeitsmarkts vorbeigebildet wurden.

Wenn die Jugendgarantie der falsche Weg ist, wie sollte die EU dann überhaupt den Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit angehen?

Meine erste Antwort lautet – gar nicht! Die Verantwortung für die Arbeitsmarktpolitik liegt auf der Ebene der einzelnen Mitgliedsstaaten. Und gemäß dem Subsidiaritätsprinzip sollte sie dort auch bleiben. Meine zweite: die Anpassung von Jugendarbeitslosigkeit fördernden Institutionen sollte wichtiger Bestandteil der in Brüssel bei Verstößen gegen den EU-Stabilitätspakt oder im Zusammenhang mit der Euro-Rettung aufgestellten Reformprogrammen sein. So wäre etwa der immer noch hohe Schutz von Normalarbeitsverhältnissen in Italien und Spanien anzunehmen, oder die Mindestlohnregelungen in Frankreich. Und meine dritte Antwort – und damit wären wir endlich bei einer originären EU-Aufgabe: die Programme zur Förderung der Mobilität bei der beruflichen Ausbildung und am Einstieg in das Erwerbsleben vertragen unterhalb der Akademikerebene noch einen Ausbau.

Prof. Dr. Holger Bonin, bonin@zew.de

Prof. Dr. Holger Bonin ist seit dem Jahr 2007 Leiter des Forschungsbereichs „Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung“ am ZEW. Darüber hinaus ist er Professor für Volkswirtschaftslehre mit dem Schwerpunkt Arbeitsmärkte und soziale Sicherung an der Universität Kassel. Bonin untersucht unter anderem die Wirksamkeit der ehe- und familienbezogenen Leistungen, die Beschäftigungsprobleme von Geringqualifizierten, die Flexibilität von Löhnen sowie die ökonomischen Folgen von demografischen Veränderungen und Migration. Er ist Mitglied des Bevölkerungswissenschaftlichen Ausschusses im Verein für Socialpolitik (VfS) und Research Associate des Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA).



Lead Markets für energieeffiziente Kühlschränke: Deutschland auf dem ersten Platz

Technologien zur Verbesserung der Energieeffizienz sind ein wichtiger grüner Zukunftsmarkt. In einer Lead Market Analyse, die in einem Vergleich die Erfolgsfaktoren verschiedener Länder auf den globalen Märkten am Beispiel energieeffizienter Kühlschränke bewertet, liegt Deutschland vor Korea auf dem ersten Platz.



Foto: © Gunay Mutlu/iStockphoto

Deutschland hat eine führende Rolle als Hersteller energieeffizienter Kühlschränke.

Energieeffizienzregulierungen im Zuge des Klimawandels gelten als wichtiger Treiber für Innovationen im Bereich der Umwelttechnologien. Verbesserungen der Energieeffizienz tragen dabei nicht nur zur Erreichung von Umweltzielen bei, sie rechnen sich nicht selten auch ökonomisch. Haushalte können beispielsweise ihre Kosten langfristig senken, indem sie sich für energieeffiziente „weiße Ware“ entscheiden. Der Weltmarkt für energieeffiziente Haushaltsgeräte hatte im Jahr

2007 nach Angaben des Bundesumweltministeriums ein Volumen von 105 Milliarden Euro, bei einem Weltmarktanteil Deutschlands von neun Prozent und prognostizierten Wachstumsraten von drei Prozent jährlich bis zum Jahr 2020.

Aber wie sind die spezifischen Wettbewerbschancen deutscher Hersteller auf dem Weltmarkt für energieeffiziente Technologien zu beurteilen? Welche Gefahr droht von Wettbewerbern aus Schwellenländern? Zur Beantwortung dieser Fragen

wurde am ZEW eine Analyse nationaler Lead Market-Faktoren am Beispiel energieeffizienter Kühlschränke durchgeführt. Lead Markets sind Märkte, auf denen sich eine bestimmte Innovation als erstes durchsetzt, bevor sie in anderen Ländern Verbreitung findet. In der Lead Market-Analyse werden die Faktoren in Betracht gezogen, die in der Literatur als besonders wichtig für eine internationale Führungsposition eines Landes erachtet werden. Das sind relative Vorteile bei Preisen und Nachfrage, ein guter Ruf des Landes als Technologieentwickler, große Exportvorteile sowie eine innovations- und wettbewerbsfördernde Marktstruktur. Auch die Umweltregulierung sowie Angebotsbedingungen wie beispielsweise die Forschungsinfrastruktur werden als Rahmenbedingungen berücksichtigt.

Nur wenige Länder bei Patenten vorn

Ein Blick auf die Patentstatistik bestätigt eine führende Position Deutschlands im Bereich von Haushaltsgeräten. Die Tabelle auf der folgenden Seite zeigt, dass sich die Anteile an weltweiten Patenten im Bereich von Haushaltsgeräten auf eine kleine Gruppe von Ländern verteilen. Zwar hat Deutschland hier seine führende Position in den letzten zehn Jahren an Korea abgegeben, folgt aber mit 26 Prozent auf Platz zwei. Korea auf Platz 1 hatte in den Jahren 2003 und 2007 weltweit einen Anteil von rund 30 Prozent an Patenten zu Haushaltsgeräten. Weit zurück liegen

Top-Fünf Lead Market Länder für energieeffiziente Kühlschränke

Land	Lead Market Potenzial						Lead Market Vorteile
	Preis	Nachfrage	Export	Transfer	Marktstruktur	Regulierung	
Deutschland	+	+	+	+	+	+	6
Korea	0	0	+	+	+	+	4
Italien	+	+	0	0	+	+	4
Dänemark	+	+	0	0	0	+	3
Frankreich	0	+	0	0	+	+	3

Lesehilfe: +: Über Durchschnitt; 0: Nicht über dem Durchschnitt

Quelle: Berechnungen ZEW

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSE

Durchschnittliche Anteile an weltweiten Patenten bei Haushaltsgeräten

Zeitraum	USA	Deutschland	Japan	Italien	Korea	Kanada	Indien	Rest der Welt
1995 bis 1999	10,04%	35,81%	3,93%	33,19%	3,93%	0,00%	0,00%	13,10%
2003 bis 2007	8,90%	26,13%	4,52%	13,14%	30,08%	1,27%	0,71%	15,25%

Quelle: Berechnungen Frauenhofer ISI

dagegen Italien (13 Prozent), die USA (neun Prozent) und Japan (fünf Prozent).

Unternehmen auf dem deutschen Lead Market sind zum Beispiel die Firmen BSH Bosch und Siemens Hausgeräte GmbH. Aus der Perspektive von BSH lassen sich durch Technologieführerschaft auf dem deutschen Markt Pioniergewinne für High-Tech energieeffiziente Geräte erzielen. BSH profitiert dabei von der Vorreiterrolle Europas mit hohen Energieeffizienzstandards, die sich zeitversetzt auch in andere Länder ausbreiten.

Da aber die Amortisationsdauer für energieeffiziente Haushaltsgeräte mit sieben bis zehn Jahren sehr lang ist, kann auch eine Strategie der Preisführerschaft mit günstigen Produkten erfolgreich sein. Diese zweite Strategieoption ist dann erfolgreich, wenn der Strompreis niedrig und die nationale Kaufkraft gering ist. Märkte für diese Produkte liegen beispielsweise in Asien oder in Russland.

Hersteller nutzen die Existenz beider Strategieoptionen, um durch Aufbau verschiedener Marken- und Produktlinien, die unterschiedlichen Marktnischen gleichzeitig bedienen zu können. Hierdurch entsteht den deutschen Herstellern Konkurrenz durch kostengünstige Geräte mit gleichzeitig hoher Energieeffizienz, insbesondere durch Wettbewerber aus der Türkei. Der türkische Produzent Arçelik A.Ş., der ursprünglich eine Reputation für kostengünstige Geräte besaß, überraschte in der Vergangenheit mit innovativen, ökoefizienten Lösungen unter dem Markennamen BEKO. Die Geräte werden in der Türkei produziert, ohne dass dort ein starker Nachfragemarkt für energieeffiziente Technologien existiert. Die Strategie von Arçelik zeigt, dass eine Orientierung am Lead Markt eine erfolgsversprechende Innovationstrategie für technologische „Second Mover“ sein kann.

Der Werkstattbericht „Lead Markets for Energy Efficient Appliances – The Case of

Refrigerators“ wurde vom ZEW in Zusammenarbeit mit Prof. Thomas Cleff von der Hochschule Pforzheim erstellt. Er ist Teil des Projekts „Lead Market Strategien: First Mover, Early Follower und Late Follower“, das für das Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen des

Forschungsprogramms „Wirtschaftswissenschaften und Nachhaltigkeit“ durchgeführt wird. Der Werkstattbericht sowie weitere Informationen können von der Website des Projekts heruntergeladen werden: www.zew.de/leadmarkets

Dr. Klaus Rennings, rennings@zew.de

ZEW INTERN

Prof. Dr. Bernd Schips scheidet zum Jahresende aus dem wissenschaftlichen Beirat des ZEW aus



Thomas Kohl, Prof. Dr. Dres. h.c. Arnold Picot (stellvertretender Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats), Prof. Dr. Friedrich Buttler (Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats), Prof. Dr. Bernd Schips und ZEW-Präsident Prof. Dr. Clemens Fuest (v.l.) bei der vergangenen Sitzung des wissenschaftlichen Beirats.

Prof. Dr. Bernd Schips verlässt nach langjährigem ehrenamtlichem Engagement den wissenschaftlichen Beirat des ZEW Ende des Jahres 2013. Die Geschäftsleitung des ZEW wie auch alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hauses bedanken sich herzlich für die vielen Jahre der intensiven Zusammenarbeit und der fundierten Beratung im Rahmen strategischer wissenschaftlicher Vorhaben. Bernd Schips ist emeritierter Professor für Volkswirtschaftslehre. Im Laufe seiner wissenschaftlichen Karriere bekleidete er Professuren für Ökonometrie und Nationalökonomie an verschiedenen Universitäten, unter anderem an der Universität St. Gallen und der ETH Zürich. Zuletzt war Bernd Schips Leiter der Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich (KOF).

Die wissenschaftliche Arbeit des ZEW begleitete Bernd Schips seit 1995. Mit seiner Expertise trug er maßgeblich zum Erfolg des ZEW bei. Der wissenschaftliche Beirat begutachtet und berät die Arbeit am ZEW. Er setzt sich zusammen aus ehrenamtlich engagierten Vertretern aus Wissenschaft und Wirtschaft.

Sind die Banken noch zu retten? Finanzmarktregulierung und ihre Folgen

Das ZEW Wirtschaftsforum führte auch in diesem Jahr zahlreiche Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft in Mannheim zusammen, um über aktuelle wirtschaftspolitische Fragen zu diskutieren. Die diesjährige Veranstaltung beschäftigte sich mit der Frage „Sind die Banken noch zu retten? Finanzmarktregulierung und ihre Folgen“.



Clemens Fuest, Michael Schröder, Uwe Schroeder-Wildberg, Claudia Buch, Sabine Lautenschläger, Michael Kemmer und Thomas Kohl (v.l.) beim ZEW Wirtschaftsforum 2013.

In seiner Begrüßungsrede skizzierte ZEW-Präsident Prof. Dr. Clemens Fuest die Regulierung des Bankensektors als notwendige Folge der jüngsten Finanzmarktkrise. Sie stelle die Politik und die Finanzwirtschaft in Europa vor große Herausforderungen. Einerseits gelte es, die Banken stärker als bisher zur Risikoversicherung zu verpflichten, damit der Steuerzahler nicht nochmals zur Bankenrettung herangezogen werden müsse. Andererseits dürfe die Regulierung aber nicht die Leistungsfähigkeit der Banken einschränken, da Europa den Finanzsektor dringend brauche, um seine vielerorts schwächelnde Wirtschaft anzukurbeln, sagte Fuest.

Die sich anschließende Podiumsdiskussion bildete den ersten Programmpunkt des Tages. Moderiert von Prof. Dr. Michael Schröder, Forschungsbereichsleiter Internationale Finanzmärkte und Finanzmanagement am ZEW, debattierten Dr. Michael Kemmer, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands deutscher Ban-

ken, Sabine Lautenschläger, Vizepräsidentin der Deutschen Bundesbank, und Dr. Uwe Schroeder-Wildberg, Vorstandsvorsitzender der MLP AG, sowie Prof. Dr. Claudia Buch, Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und Präsidentin des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle, über einen neuen Ordnungsrahmen für den Finanzsektor.

Retail- und Investmentgeschäft trennen

In seinem Impulsreferat thematisierte Dr. Michael Kemmer die aus Bankensicht problematischen Konsequenzen einiger Regulierungsvorgaben. Als zentralen Punkt ging er auf das stark diskutierte Trennbankensystem ein, das vorsieht, die Aktivitäten von Geschäftsbanken und Investmentbanken voneinander rechtlich und wirtschaftlich weitgehend zu trennen. Das Trennbankensystem sei nicht geeignet, die Stabilität des Finanzsektors

zu verbessern, sagte Kemmer. Tatsächlich seien reine Investmentbanken sehr viel instabiler als Mischbanken, das habe die Pleite der Lehman-Bank im Jahr 2008 gezeigt. Auch die historischen Erfahrungen der USA mit dem Trennbankensystem hätten deutlich gemacht, dass die Trennung von Retail- und Investmentgeschäft den Bankensektor eher schwäche als stärke. Die Initiative zur Regulierung des außerbörslichen Handels, die sogenannte European Market Infrastructure Regulation (EMIR), sei dagegen ein richtiger Schritt, sagte Kemmer. Im Gegensatz dazu sei die Finanztransaktionssteuer kontraproduktiv. Sie schwäche den europäischen Finanzstandort, weil der Aktien- und Derivatehandel als Folge einer solchen Steuer in steuerfreie Regionen abwandern werde. Für die Zukunft wünsche er sich, so Kemmer, dass das Zusammenspiel der verschiedenen Regulierungsmaßnahmen evaluiert würde, dass auch die Erfahrungen anderer Länder Berücksichtigung fänden und dass der Gesetzgeber dann an verschiedenen Stellschrauben der Reformen nachjustiere.

Verkraftbare Kosten durch Basel III

Es gebe bereits einige Studien zur Wirkung verschiedener Regulierungsmaßnahmen, eröffnete Sabine Lautenschläger ihr Impulsreferat. Etwa habe der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht die Kosten abgeschätzt, die bis zum vollständigen Eintreten aller Basel III-Regulierungen auf die Volkswirtschaften zukommen. Im Ergebnis zeige sich, dass das globale Wirtschaftswachstum während der Implementierungsphase lediglich um 0,5 Prozent durch die Basel III-Maßnahmen zurückgehe. Langfristig, also ab dem Zeitpunkt, zu dem alle Basel III-Regulierungen umgesetzt seien, zeige sich dann ein positiver Wachstumseffekt. Er ergebe sich aus der verbesserten Widerstandskraft des Bankensystems. Auch die vorangehende Regulierung im Zuge von Basel II sei erfolgreich gewesen. Insbesondere den kleinen

ZEW WIRTSCHAFTSFORUM

und mittleren Unternehmen (KMU) habe Basel II verbesserte Finanzierungsbedingungen gebracht. Durch das „Mittelstandspaket“ wurde die Kreditfinanzierung für KMU im Schnitt um 25 Prozent günstiger. Die Anrechnung von Wohn- und Gewerbeimmobilien als Sicherheiten habe dafür gesorgt, dass die Kapitalkosten der Kreditinstitute bei der Finanzierung von KMU erheblich zurückgingen. Im Zuge von Basel III würden nun zwar die Kapitalkosten der Finanzinstitute insgesamt steigen. In Europa habe man sich jedoch entschieden, die Kreditvergabe an KMU auch weiterhin besonders zu fördern. Entsprechend werde der Erhöhungseffekt von Basel III für das KMU-Geschäft kompensiert. Dies gelte für Kredite bis zu 1,5 Millionen Euro an KMU mit einem Jahresumsatz von maximal 50 Millionen Euro. Dadurch, dass die Privilegierung des Mittelstands aus Basel II auch im Rahmen von Basel III bestehen bleibe sowie durch die neuerliche Kompensation durch Basel III werde sich an den Finanzierungsbedingungen für KMU nichts ändern, sagte Lautenschläger.

Zuviel Bürokratie

Dr. Uwe Schroeder-Wildberg kritisierte die enge zeitliche Abfolge von verschiedenen Regulierungsmaßnahmen in den vergangenen Jahren. Diese Überregulierung drohe vor allem die kleinen und mittleren Finanzinstitute zu überfordern. Nach der Erfahrung der jüngsten Finanzmarktkrise stünde zwar die weitergehende Regulierung des Finanzsektors außer Frage. Der damit verbundene administrative Aufwand für die Kreditinstitute und insbesondere auch für die Beratungs- und Wirtschaftsprüfungsunternehmen sei jedoch nicht gerechtfertigt. Als Beispiel für neue umfassende Informationspflichten führte Schroeder-Wildberg die Produktinformationsblätter für Anleihen und Zertifikate an. Sie seien der Versuch, komplexe Informationen in knapper schriftlicher Form wiederzugeben. Die Aufbereitung solcher Informationen, die sehr viel besser im Kundengespräch vermittelt werden könnten, koste Beratungsunternehmen sehr viel Zeit. Allein wegen der verstärkten Informations- und Dokumentationspflichten müsse ein Mitarbeiter

seines Hauses 20 bis 30 Prozent zusätzlichen Zeitaufwand einplanen, der dann für das persönliche Kundengespräch fehle. Das Ende der regulatorischen Vorgaben sei noch nicht in Sicht. Auf europäischer Ebene erwarte die Beratungsbranche beispielsweise die Vermittlerrichtlinie II, die Vorgaben zur Offenlegung von Provisionen auf Beraterebene vorsieht und die 2015/2016 in Kraft treten soll. Schroeder-Wildberg resümierte, dass die Devise „Viel hilft viel“ für die Regulierung der Finanzmärkte ungeeignet sei. In den aktuellen Regulierungsvorhaben schlage sich die Notwendigkeit eines stärker kundenorientierten Beratungsrechts nicht ausreichend nieder.

Prof. Dr. Claudia Buch sprach sich für die Umsetzung einer europäischen Bankenunion aus. Die Bankenunion habe das Ziel, den Teufelskreis zwischen Banken-

zielt worden. So werde künftig die gemeinsame Bankenaufsicht bei der EZB angesiedelt sein, die die direkte Kontrolle über die wichtigsten Geldinstitute in den Ländern der Euro-Zone und in weiteren EU-Staaten ausüben werde. Es reiche aber nicht, die Aufsicht auf die europäische Ebene zu ziehen, sagte Buch. Überdies seien zentrale Restrukturierungs- und Abwicklungsmechanismen in Europa erforderlich. Ein wichtiger Bereich, über den bislang keine Einigung herrsche, sei die Frage der Gläubigerbeteiligung bei der Sanierung und Abwicklung von Banken. Gemeinsame Regeln für dieses „bail-in“ seien notwendig, um eine europäische Bankenunion konsequent umzusetzen.

Den zweiten Teil des ZEW Wirtschaftsforums bildet traditionell der Themenblock „Wissenschaft für die Praxis“. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler



Ulrich Schröder, Vorstandsvorsitzender der KW-Bankengruppe, stellte die Probleme langfristiger Finanzierung in den Mittelpunkt seines Vortrags.

rettung und Staatsschulden zu durchbrechen. Die jüngste Finanzmarktkrise habe gezeigt, dass Länder mit hoher Staatsverschuldung nicht in der Lage seien, ihren Bankensektor zunächst zu stützen und langfristig zu restrukturieren. Ein solider Bankensektor sei jedoch die Voraussetzung, um die Wirtschaftsleistung eines Landes anzukurbeln, sagte Buch. Im Zuge einer Bankenunion sollten Pleitebanken künftig nicht mehr vom Steuerzahler gerettet, sondern in einer europäischen Bankenunion aufgefangen oder abgewickelt werden. Über die wichtigste Säule der Bankenunion sei bereits Einigung er-

des ZEW stellen in diesem Rahmen Ergebnisse ihrer Forschungsarbeit vor. Lena Jaroszek referierte über die Nutzung von Dispokrediten privater Haushalte. Daniel Höwer analysierte die Kriterien, nach denen Unternehmen ihre Hausbank auswählen. Prof. Dr. Michael Schröder ging der Frage nach, ob ein Trennbankensystem die Finanzmarktstabilität verbessert.

Probleme langfristiger Finanzierung

Den dritten und letzten Teil des Wirtschaftsforums eröffnete ein Vortrag von Dr. Ulrich Schröder, Vorstandsvorsitzen-

ZEW WIRTSCHAFTSFORUM

der der KfW-Bankengruppe. Um zu wachsen, müsse eine Volkswirtschaft in ihren Kapitalstock investieren, sagte Schröder.

Kredits im Zeitverlauf stark schwanken. Dies stelle ein langfristig schwer kalkulierbares Risiko für die Banken dar. Als

seines Vortrags. Als erstes müsse Basel III schnell und auf globaler Ebene umgesetzt werden. Basel III sei nach seiner Einschätzung, so Blessing, das größte und beste Regulierungswerk, das er kenne. Es verbessere die Widerstandsfähigkeit des Bankensystems durch anspruchsvolle Eigenkapitalregelungen. Nun gelte es, die noch offenen Punkte zu lösen, um den Finanzinstituten Planungssicherheit zu geben. Ungeklärt seien etwa Fragen im Bereich der Liquiditätsregeln oder der Leverage Ratios.



Martin Blessing, Vorstandsvorsitzender der Commerzbank, plädierte dafür, die Einlagensicherung im Zuge der europäischen Bankenunion zu harmonisieren.

Harmonisierung der Einlagensicherung

Als zweites großes Regulierungsvorhaben müsse die europäische Bankenunion vorangetrieben werden, sagte Blessing. Sie sei die konsequente Fortführung des europäischen Binnenmarkts und aufgrund der gemeinsamen Geldpolitik eine Notwendigkeit. Der erste Pfeiler der Bankenunion, die Einrichtung einer europäischen Bankenaufsicht, sei erfolgreich abgeschlossen worden. Nun gelte es, die Modalitäten einer geordneten Abwicklung von Finanzinstituten festzulegen. Dies führe auch zu der Frage, wie die verschiedenen Gläubiger einer Bank an deren Abwicklung beteiligt werden sollten. Es sei Konsens, dass an erster Stelle das Eigenkapital der Bank haften müsse, gefolgt von den Nachranggläubigern. Unstrittig sei auch, dass die sogenannten Kleinsparer nicht belastet werden dürften. In Europa seien Einlagen bis zu 100.000 Euro geschützt. Nun müsse aber geregelt werden, wie mit großen Einlegern und mit Haltern von unbesicherten Anleihen umgegangen werden solle. Nach seiner Auffassung, so Blessing, sollten beide Gruppen gleichrangig haften. Als dritten Pfeiler der Bankenunion müsse sich Europa über gleiche Modalitäten der Einlagensicherung abstimmen. Unter der Prämisse, dass es eine einheitliche Bankenaufsicht und ein einheitliches europäisches Abwicklungsregime gebe, bei weiterhin national unterschiedlichen Regeln der Einlagensicherung, sei abzusehen, dass die Anleger ihre Einlagen in Länder mit besonders guter Einlagensicherung verschöben. Dadurch würde das Finanzsystem langfristig destabilisiert.

Kathrin Böhmer, boehmer@zew.de

In Deutschland und Europa herrsche jedoch ein Investitionsstau. Die EU gehe davon aus, dass bis zum Jahr 2020 Infrastrukturinvestitionen in Europa in Höhe von zwei Billionen Euro ausstünden.

Die dominierende Finanzierungsform langfristiger Projekte sei in Europa der Kredit. Kommunen finanzierten ihre Vorhaben beispielsweise fast gänzlich über Kredite, Unternehmen zu 95 Prozent und die Immobilienwirtschaft immerhin noch zu 80 Prozent. Mit Ausnahme von Staaten, die ihren Finanzbedarf fast vollständig am Kapitalmarkt deckten, finanzierten sich somit alle wichtigen Investoren über Kredite. Traditionell würden diese von Banken bereitgestellt. In Zukunft sei jedoch davon auszugehen, dass Banken in deutlich geringerem Ausmaß als heute langfristige Kredite zur Verfügung stellten, sagte Schröder. Mit langfristig seien dabei bereits Laufzeiten von über zwei Jahren gemeint. Der Rückzug der Banken aus dem Geschäftsfeld langfristiger Kredite sei eine Folge der jüngsten Regulierungsmaßnahmen. So sehe die Regulierung vor, dass sich die Eigenkapitalunterlegung von Krediten an der aktuellen Risikobewertung des Kredits orientiere und nicht länger an einer einmaligen Risikobewertung, die zum Zeitpunkt der Kreditaufnahme stattfand. Dadurch könne die geforderte Eigenkapitalunterlegung des

Konsequenz würden die Banken die langfristige Kreditvergabe in Zukunft einschränken, sagte Schröder.

Er gehe zwar nicht davon aus, dass sich die Banken in Zukunft vollständig aus der langfristigen Projektfinanzierung zurückzögen. Dennoch sei damit zu rechnen, dass die europäischen Banken dieses Feld künftig zu weiten Teilen anderen überlassen würden. Schon heute sei zu beobachten, dass verstärkt Banken aus Australien, Japan und Südkorea im langfristigen Projektgeschäft in Europa aktiv seien. Darüber hinaus müssten neue Wege der langfristigen Finanzierung eingeschlagen werden, sagte Schröder. Hier könnten Public Private Partnerships eine größere Rolle spielen. Darüber hinaus werde die Finanzierung über den Kapitalmarkt zunehmen. Auch der KfW-Bankengruppe werde in Zukunft vermehrt die Aufgabe zufallen, die Lücke bei der Langfristfinanzierung zu schließen, die die Geschäftsbanken hinterließen.

Basel III zügig umsetzen

Damit der Finanzsektor Wachstum, Innovationen und Arbeitsplätze finanzieren könne, sei es notwendig, vor allem zwei große Regulierungsvorhaben voranzutreiben, sagte Martin Blessing, Vorstandsvorsitzender der Commerzbank, zu Beginn

KONFERENZEN

Konferenz zur Innovations- und Patentforschung

Am 3. und 4. Juni fand zum fünften Mal die Konferenz zur Innovationsökonomik und Patentforschung am ZEW statt. Sie wurde mit dem Mannheim Centre for Competition and Innovation (MaCCI) ausgerichtet. Rund 100 internationale Gäste konnten in Mannheim begrüßt werden.

Das Themenspektrum der theoretischen und empirischen Konferenzbeiträge reichte von der Finanzierung und den Anreizen für Innovationsaktivitäten in Unternehmen über die Rolle von Humankapital und Managementenerfahrung für den Innovationserfolg bis zur Bewertung innovations- und forschungspolitischer Instrumente. Weitere Vorträge beschäftigten sich mit Erfindernetzwerken und Erfindungen öffentlicher Forschungsinstitutionen sowie Determinanten von Umweltinnovationen. Einen Schwerpunkt der Konferenz bildeten Vorträge zur Rolle von Patenten im Innovationsprozess, institutionelle Besonderheiten verschiedener nationaler Patentsysteme sowie zu aktuellen Reformen nationaler Patentsysteme.

Vorträge führender Wissenschaftler

Im Rahmen von Plenumsvorträgen stellten fünf führende Wissenschaftler aktuelle Forschungsergebnisse vor. Diego Comin von der Harvard Business School zeigte, wie sich die Zeiträume für die Einführung neuer Technologien in armen und reichen Ländern in den letzten 200 Jahren entwickelt haben. Zudem ging er der Frage nach, inwieweit die Verbreitung neuer Technologien zum Auseinanderklaffen der Einkommensschere zwischen armen und reichen Ländern beitrug. Liu Xielin (Graduate University of Chinese Academy of Science, Peking) stellte in seinem Vortrag die Besonderheiten des chinesischen Innovationsmodells heraus. Er präsentierte Beispiele von chinesischen Unternehmen, die mit ihren Innovationen weltweit erfolgreich sind und die den Schritt von der Imitation internationaler Innovationen zur internationalen Technologiemarktführerschaft geschafft haben.

Der Beitrag von Mark Roberts (Pennsylvania State University, University Park) widmete sich der Fortentwicklung von ökonomischen Modellen zur Schät-

zung der Strukturparameter dynamischer Innovationsmodelle am Beispiel des Mannheimer Innovationspanels des ZEW. Brian Wright (University of California, Berkeley) referierte über Lizenzierungsstrategien von Technologietransferstellen von Universitäten. Darüber hinaus diskutierte er Effekte von exklusiven Lizenzen auf die Wahl der Forschungsthematik von Wissenschaftlern.

Dietmar Harhoff (Max-Planck-Institut für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht, München) legte in seinem Vortrag dar, dass eine verlässliche Abschätzung

orientierten und einer auf Breitenförderung abzielenden Innovationspolitik zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit.

Dominique Foray (École Polytechnique Fédérale de Lausanne), Mitglied der „Innovation for Growth“-Beratergruppe für die EU-Forschungskommissarin Máire Geoghegan-Quinn, bezog sich vor allem auf die Ausrichtung der EU-Forschungspolitik. Engelbert Beyer vom Bundesministerium für Bildung und Forschung erläuterte die Rolle verschiedener Politikinstrumente im Rahmen der deutschen Hightech-Strategie 2020. Er betonte die Notwendigkeit gesellschaftliche Herausforderungen gezielt anzugehen ohne dabei den Marktmechanismus auszuschalten. Stuart Graham (Georgia Institute of Technology, Alexandria) gab einen Einblick in die Ausrichtung der Technologie-



Diego Comin erläuterte den Zusammenhang von neuen Technologien und Einkommen.

des Patentwerts die explizite Berücksichtigung technisch verwandter Patente des gleichen Patentanmelders erfordert.

In den letzten Jahren werden Forschungs-, Technologie- und Innovationspolitik zunehmend als Instrument zur Lösung großer gesellschaftlicher Herausforderungen gesehen, wie etwa der Realisierung einer CO₂-freundlichen Wirtschaft oder einer ressourcenschonenden Energieproduktion. Moderiert von Georg Licht (ZEW) diskutierten Vertreter aus Wissenschaft, Politik und Unternehmen das aktuelle Spannungsfeld einer missions-

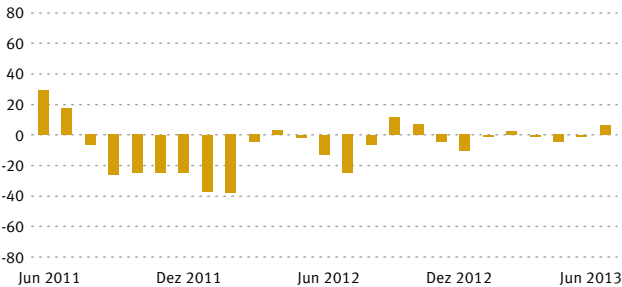
politik der Obama-Administration. Als Vertreter der Wirtschaft stellte Jochen Maas (Sanofi-Aventis) die aktuelle FuE-Strategie der Pharmabranche vor. Er plädierte für die Einführung einer steuerlichen Förderung der FuE-Ausgaben der Unternehmen in Deutschland wie sie in vielen anderen Ländern bereits gegeben ist.

Die Fritz-Thyssen-Stiftung unterstützte die Konferenz finanziell und ermöglichte dadurch vielen Nachwuchswissenschaftlern die Teilnahme.

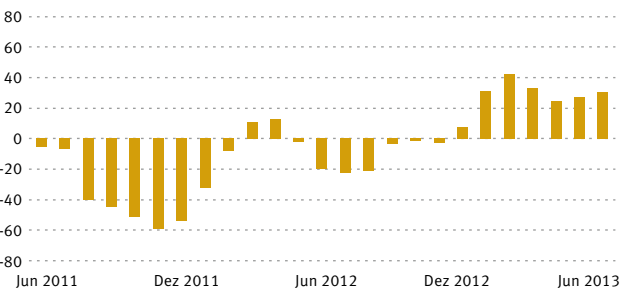
Dr. Birgit Aschhoff, aschhoff@zew.de
Paula Schliessler, schliessler@zew.de

DATEN UND FAKTEN

ZEW-Finanzmarkttest im Juni 2013



Quelle: ZEW



Quelle: ZEW

EZB: Leichter Anstieg der Inflation erwartet

Der Europäische Zentralbankrat hat in seiner Sitzung am 6. Juni 2013 keine weitere Lockerung der Geldpolitik beschlossen. Der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte bleibt unverändert bei 0,5 Prozent. Über 80 Prozent der ZEW-Finanzmarktexperten erwarten, dass dies auf Sicht von sechs Monaten so bleiben wird. Die vom ZEW befragten Experten gehen jedoch davon aus, dass sich die Teuerungsrate im Euroraum mittelfristig leicht erhöhen wird. Der entsprechende Saldo steigt im Juni um 7,1 Punkte auf 6,3 Punkte.

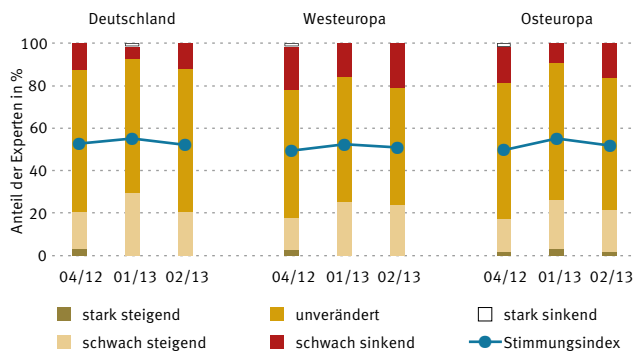
Jesper Riedler, riedler@zew.de

Eurozone: Konjunkturerwartungen hellen sich auf

Im Juni haben sich die Konjunkturerwartungen für die Eurozone auf Sicht von sechs Monaten wie schon im Vormonat leicht verbessert. Der entsprechende Saldo steigt um drei Punkte auf 30,6 Punkte. Dagegen wird die aktuelle konjunkturelle Lage der Eurozone weiterhin sehr negativ beurteilt. Der entsprechende Saldo fällt um 2,7 Punkte und liegt nun bei minus 79,5 Punkten. Dieser Rückgang deckt sich mit der Entwicklung der Wirtschaftsleistung in der Eurozone. Das Bruttoinlandsprodukt schrumpfte im ersten Quartal 2013 um 0,2 Prozent.

Jesper Riedler, riedler@zew.de

Transportnachfrage im Kombinierten Verkehr weitgehend stabil

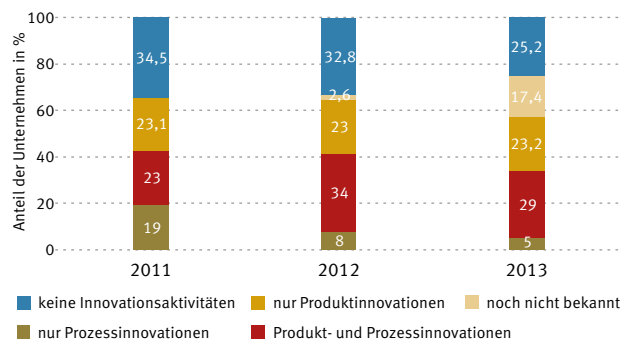


Quelle: ZEW

Die Mengenentwicklung im Kombinierten Verkehr ist in den letzten Jahren stark vom Außenhandel getragen worden. Dieser „Motor“ hat schon im Jahr 2009 stark „gestottert“, auch 2012 war kein gutes Jahr für den Container- und Lkw-Transport auf der Schiene. Entsprechend verhalten sind die aktuellen Einschätzungen der Experten des TransportmarktBarometers von ProgTrans/ZEW für das nächste halbe Jahr. Gut die Hälfte (im Westeuropaverkehr) bis zu zwei Dritteln (im Binnenverkehr) rechnen mit unveränderten Mengen. Die übrigen Experten erwarten mehrheitlich einen schwachen Anstieg der Transportmengen.

Dr. Claudia Hermeling, hermeling@zew.de

Fahrzeugbau: große Unsicherheit über Innovationsaktivitäten im Jahr 2013



Quelle: ZEW, Mannheimer Innovationspanel

Viele Unternehmen des deutschen Fahrzeugbaus sind noch unsicher, ob sie 2013 in Innovationsprojekte investieren sollen. Nur 57 Prozent der Unternehmen planen für 2013 fest mit der Durchführung von Produkt- oder Prozessinnovationen. 17 Prozent sind sich unsicher. Dies könnte mit den Umbrüchen in Richtung Elektromobilität zusammenhängen. Die Fahrzeugbauer halten sich vor allem mit Prozessinnovationen zurück. Angesichts der ungewissen weiteren technologischen Entwicklung wollen viele Unternehmen vermeiden, sich bei neuen Anlagen frühzeitig auf bestimmte Technologievarianten festzulegen.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de



Große Koalition des Unsinnns: Die Mietpreisbremse

Dass Politiker vor Wahlen populistische und ökonomisch unsinnige Vorschläge machen, wenn sie glauben, damit ein paar mehr Wähler zu mobi-

lisieren, ist ein Übel, mit dem wir offenbar leben müssen. Das jüngste Beispiel dafür ist die „Mietpreisbremse“. Anlass für diese Debatte ist der erhebliche Anstieg der Mieten in Ballungszentren in den letzten Jahren. In Berlin beispielsweise sind die Mieten bei Neuvermietungen seit 2007 um rund 40 Prozent angestiegen. Für Menschen mit niedrigen oder mittleren Einkommen wird es immer schwerer, in begehrten Stadtvierteln zu wohnen. Um diesem Trend entgegenzuwirken, will die SPD den Anstieg der Mieten durch neue Gesetze stoppen. Die CDU hat sich dem angeschlossen.

Derzeit dürfen Mieten in Deutschland innerhalb von drei Jahren höchstens um 20 Prozent steigen, nur bei Neuvermietungen sind Mieten frei verhandelbar. Die SPD fordert, den Anstieg der Mieten auf 15 Prozent in vier Jahren zu begrenzen. Bei Neuvermietungen soll die Miete ebenfalls begrenzt werden. Die CDU will Neubauten von der Mietpreisbremse ausnehmen, um Anreize für Bauinvestitionen zu bewahren. Die Mieten für Bestandsobjekte sollen aber ebenfalls gedeckelt werden.

Mit diesen Maßnahmen würde der Mietpreisanstieg in der Tat gedämpft. Diejenigen, die in beehrter Lage schon eine Mietwohnung haben oder trotz der Mietregulierung eine neue Wohnung ergattern, werden auf Kosten ihrer Vermieter entlastet. Das ist beabsichtigt, weil Mieter offenbar mehr Sympathien genießen als Vermieter. Die Nebenwirkungen sind allerdings verheerend. Vor allem verschärft sich das Problem der Wohnraumknappheit, und zwar sofort und nicht erst dann, wenn sinkende Bautätigkeit sich bemerkbar macht. Es werden mehr Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt oder sie werden gewerblich vermietet, beispielsweise für Büros. Außerdem lohnt es sich eher, Wohnungen leer stehen zu lassen in der Hoffnung auf Wertsteigerungen. Wer eine große Mietwohnung hat und sie eigentlich nicht mehr braucht, beispielsweise weil die Kinder groß geworden und ausgezogen sind, wird nicht in eine kleine-

re Wohnung umziehen wollen. Die Miete der alten Wohnung ist ja niedrig und neue Wohnungen sind kaum erhältlich. Die Eigennutzung durch die Eigentümer nimmt ebenfalls zu. Mittelfristig verschärft sich der Rückgang an verfügbaren Mietwohnungen weiter, weil Investitionen ausbleiben. Modernisierungsmaßnahmen entfallen und es werden weniger Wohnungen gebaut. Der Neubau wird auch dann zurückgehen, wenn die Erstvermietung von der Mietpreisbremse ausgenommen ist, denn Investoren berücksichtigen, dass Wohnungen mehrfach vermietet werden.

Die Mietpreisbremse verändert auch den Markt für die wenigen verbleibenden Mietwohnungen. Da bei den niedrigeren Mieten die Nachfrage das Angebot weit übersteigt, werden willkürliche Diskriminierungen am Mietmarkt zunehmen und der Druck auf Mieter steigt, durch Zahlungen „unter der Hand“ an Makler oder Eigentümer die Mietpreisbremse zu umgehen. Korruption und Steuerhinterziehung sind die Folge. Die Störung der Preisbildung bei Mietwohnungen hat Folgen über den Immobilienmarkt hinaus. Da es schwieriger wird, eine neue Mietwohnung zu finden, nimmt die Mobilität ab und damit zum Beispiel die Bereitschaft, einen neuen Arbeitsplatz anzunehmen.

Wirksamer wäre es, das Problem an der Wurzel anzupacken und Konzepte zu entwickeln, um das Angebot an bezahlbarem Wohnraum nachhaltig zu erhöhen. Das kostet allerdings Geld, das die öffentlichen Haushalte derzeit kaum aufbringen können. Zu glauben, man könnte diesen Mangel durch Preisregulierungen aus der Welt schaffen, ist eine Illusion. Der Staat muss sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren. Im Wohnungsmarkt besteht diese Kernaufgabe darin, dafür zu sorgen, dass bedürftige Haushalte angemessen wohnen können. Dazu müssen Transfers wie Wohngeld an die Mietentwicklung bei entsprechenden Wohnungen angepasst werden. Eine flächendeckende Mietpreiskontrolle dagegen setzt die Marktkräfte außer Kraft und verschärft die Wohnungsnot.

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,
L 7, 1, 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 103443, 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu
Präsident: Prof. Dr. Clemens Fuest · Kaufmännischer Direktor: Thomas Kohl

Redaktion: Kathrin Böhrer · Telefon 0621/1235-103 · Telefax 0621/1235-255 · E-Mail boehmer@zew.de
Gunter Gröttmann · Telefon 0621/1235-132 · Telefax 0621/1235-255 · E-Mail gruettmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2013